

Nürnberger Diskussion zeigt: CSU verliert ein Jahr vor der Wahl die Lust auf eine Einigung Zuwanderungspolitik als Schwarzer-Peter-Spiel

Beckstein sieht Schily in der Klemme — Ralf Fücks: Union bleibt hinter eigenen Vorschlägen zurück

VON HANS-PETER KASTENHUBER

NÜRNBERG — Die Rollen in der Zuwanderungsdiskussion sind fest verteilt. Die einen beschreiben Chancen und Notwendigkeiten, die anderen beschwören die Risiken des Zuzugs. Angst verkauft sich besser als Zuversicht. Das galt schon vor dem 11. September. Doch seit dem Terror-Schock verzeichnet die politische Schwarzmalerei Rekordumsätze. Da kann es einer wie Bayerns Innenminister Günther Beckstein bei der Podiumsdiskussion „Einwanderung gestalten — Integration fördern“ bei der Interkulturellen Woche in Nürnberg locker mit vier Gegenspielern aufnehmen.

Will die CSU überhaupt noch ein Zuwanderungsgesetz in dieser Legislaturperiode? Beckstein jedenfalls hat es damit nicht sehr eilig. Anderes habe Vorrang. „Wenn von vier Todespiloten drei aus Deutschland kamen“, müsse zunächst mal ein ordentliches Sicherheitskonzept auf den Tisch gelegt werden. Der Hinweis des Osnabrücker Historikers und Migrationsexperten Klaus J. Bade, man könne natürlich jederzeit über Sicherheitsbelange diskutieren, „mit einer Zuwanderungsregelung hat das im Kern aber überhaupt nichts zu tun“, beeindruckt Beckstein nicht. Zumal seiner Ansicht nach die Bundesregierung beziehungsweise Innenminister Otto Schily ein Jahr vor der Wahl den Schwarzen Peter in der Hand hält.

Pest oder Cholera

Mit geringen Chancen, diesen in absehbarer Zeit wieder loszuwerden. Beckstein: „Wenn Schily was gegen die Grünen macht, ist die Koalition am Ende. Wenn er was gegen die CSU macht, werden er und Schröder die nächste Wahl verlieren.“ Glänzende Aussichten für die Opposition.

Schier verzweifeln an der derzeit zu bestaunenden „Rolle rückwärts in der Zuwanderungspolitik“ könnte dagegen jemand wie Ralf Fücks. Der ehemalige Bundesvorstandssprecher der Grünen war Mitglied in der unabhängigen Süsmuth-Kommission, deren



Verweist auf traurige Alternativen zur Zuwanderung: Migrationsforscher Klaus J. Bade. Foto: Karlheinz Daut

im Juli präsentierte Vorschläge zunächst gar nicht so weit entfernt schienen von jenen, die kurz zuvor Peter Müller für die CDU vorgestellt hatte. Dann kam der Referentenentwurf von Otto Schily, den Fücks für äußerst restriktiv und „enttäuschend“ hält. Zu allem Überfluss muss der Grüne nun erleben, dass die Union plötzlich weit hinter die Positionen ihres Müller-Papiers zurückfällt „und das Thema Migration wieder zunehmend unter dem Aspekt der Gefahrenabwehr behandelt wird“. Schlechte Zeiten für Kompromisse. Rot-Grün unter einen Hut zu bringen und anschließend auch noch das Ja der Union im Bundestag zu erhalten, gleicht laut Fücks „der Quadratur des Kreises“.

Um eine „positive Bewegung“ in der Zuwanderungsdiskussion ausmachen zu können, muss man schon die distanzierte Warte des Historikers einnehmen und — wie Klaus J. Bade — die

Entwicklung der letzten 20 bis 30 Jahre bewerten. Bade verweist auf die traurigen Alternativen zu einer gesteuerten Zuwanderung: eine überalterte Gesellschaft, ein in die Schieflage geratendes Rentensystem, zusammenbrechende Immobilienmärkte, Arbeitskräftemangel etc.

Den Hinweis Becksteins, dass die Zuwanderung der letzten 20 Jahre unter dem Strich eine Belastung für die Sozialsysteme gebracht habe, lässt Bade als Gegenargument nicht zu. Der gedankenlose „Unterschichtimport“, der ohne Bildungs- und Qualifizierungsbemühungen auszukommen glaubte, habe sich beim allmählich einsetzenden Zerfall der großindustriellen Strukturen zwangsläufig rächen müssen.

Beneidetes Deutschland?

Einer glaubt fest daran, dass die schnelle Einigung noch möglich ist. Albert Schmid, Präsident des Bundesamts für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge, das bald zum Bundesamt für Migration und Flüchtlinge aufgewertet werden soll, beobachtet in der politischen Landschaft „sachliche Annäherungsprozesse“. In anderen europäischen Ländern werde Deutschland, ohne es zu ahnen, längst „um den gesellschaftlichen Konsens beneidet“, den es zumindest in dem Vorhaben gebe, die Zuwanderung zu regeln.

Schmid's Prognose: Das Kabinett wird am 26. Oktober Schilys Referentenentwurf — den Schmid mit erarbeitet hat — zustimmen, danach auch die Mehrheit des Bundestags. „Und im Bundesrat, da haben wir in der jüngeren Vergangenheit schon viel erlebt.“

Mario di Santo, den Vorsitzenden des Nürnberger Ausländerbeirates, würde diese Entwicklung nicht recht zufrieden stellen. Er hält den Schily-Entwurf für „unzureichend und zu schnell verfasst“. Ansonsten ging es di Santo auf dem Podium wie der gesamten Gruppe der Migranten in der Zuwanderungsdiskussion: Er saß am Rande und wurde kaum gefragt.